

Der Griff nach dem Gewehr

Die Kosten von Handfeuerwaffen in Zentralmindanao

von Ed Qutoriano und Eric Libre

Früher einmal galt Mindanao in den Philippinen als das »Verheißene Land«. Doch seit 30 Jahren befindet sich Mindanao im Kriegszustand. Handfeuerwaffen in den Händen der Kriegsparteien wie auch der Zivilisten spielen eine wichtige Rolle in diesem Konflikt.

Dieser Bericht soll den Hintergrund des Konflikts analysieren: Er soll den Wegen nachgehen, auf denen die Waffen zu den Kriegsparteien gelangen, er soll aufdecken, warum so viele Handfeuerwaffen in zivilem Privatbesitz sind, und er soll ferner die direkten und indirekten Auswirkungen von Handfeuerwaffen auf die humanitäre Situation einschätzen.

Waffen gelangen hauptsächlich auf dreierlei Wegen zu den Menschen: durch Verteilung von Beständen, die die Regierung kontrolliert, durch Herstellung vor Ort oder durch illegale Einfuhr.

Die philippinische Regierung hat seit 1970 über 73 Milliarden Pesos (1,38 Milliarden Euro) — täglich 7,1 Millionen (134.000 Euro) — ausgegeben, um diesen Krieg zu führen. Auf seinem Höhepunkt waren hier mehr als die Hälfte der philippinischen Streitkräfte (AFP) im Einsatz (40 Prozent der Artillerie, 50 Prozent der gepanzerten Waffen und 63 Prozent der Luftwaffe). Mehr als 100.000 Menschen starben bis zum Jahr 1996, als die Regierung mit der Moro National Liberation Front (MNLF) Frieden schloss.

Doch nur einen Monat nach Unterzeichnung des Friedensabkommens lehnte eine andere muslimische Rebellengruppe, die Moro Islamic Liberation Front (MILF), das Abkommen ab und traf Kriegsvorbereitungen. Im Mai 2000 ging die Regierung in die Offensive und zerstörte alle größeren Stützpunkte der MILF, ohne auf starken Widerstand zu stoßen. Aber dieser scheinbar erfolgreiche Abschluss einer militärischen

Offensive leitete in Wirklichkeit eine neue Kriegsphase ein. Die MILF rief zum Jihad, zum Heiligen Krieg, auf und ihre Armee, die Bangsa Moro Islamic Armed Forces (BIAF), kehrte zu Guerillaaktivitäten zurück — mit Kampfmethoden, die nicht der konventionellen Kriegsführung entsprechen und als terroristisch eingestuft wurden.

Über die direkten Auswirkungen des Konfliktes lassen sich nur vorläufige Aussagen machen; verlässliche Zahlen über Todesfälle und Verletzungen liegen nicht vor. Es gibt keine zuverlässigen Einschätzungen der Verluste, die die Hauptakteure des Krieges erlitten haben. Bis zum Mai 2000 fielen über 800 Offiziere und Mannschaftsangehörige der AFP im Kampf, mehr als 2.000 wurden verwundet. Die tatsächlichen Verluste der MILF sind nicht bekannt. Schätzungen der AFP basieren auf Vermutungen, die sie aus der Zahl der verletzten MILF-Kämpfer ableiten — weniger aus der Zahl der Toten. Laut AFP wurden zwischen Juni und August 457 MILF-Kämpfer getötet.

Laut einer Dokumentation der kirchlichen Organisation Justice and Peace in Kidapawan verloren im Jahr 2000 190 Menschen durch den Krieg ihr Leben, über 160 von ihnen durch Handfeuerwaffen.

Aufrüstung zu Hause

Aus Furcht vor bewaffneten Angriffen haben sich viele Zivilisten Waffen verschafft und zu Hause deponiert. »Als die Gewalt eskalierte«, so Father Roberto Layson, der Ge-

meindepfarrer von Pikit, Cotabato, »und immer mehr Zivilisten unter den Grausamkeiten der AFP wie auch der MILF zu leiden hatten, begannen die Zivilisten, sich selbst zu bewaffnen.« So zum Beispiel geschehen in Dalengoaen, Pikit, einem Dorf mit 287 Familien, das im Jahr 2000 Schauplatz der Kämpfe zwischen AFP und MILF war. Nach dem Angriff der MILF vom 11. November d.J., bei dem acht Bewohner getötet wurden, verkauften mindestens fünf christliche Familien ihre Arbeitstiere, um Handfeuerwaffen zu erwerben.

Diese kriegsbedingte Ausbreitung von Handfeuerwaffen hat weitreichende Konsequenzen für die Gesellschaft. Die Polizeibehörden in Cotabato beispielsweise haben festgestellt, dass im Jahre 2000 bei den gemeldeten Fällen, in denen Menschen durch kriminelle Handlungen ihr Leben verloren haben, knapp 80 Prozent der Opfer durch Handfeuerwaffen getötet wurden.

Vertreibungen, wirtschaftlicher Niedergang, schlechte Gesundheitsfürsorge und Schulbildung sowie allgemeine Gesetzlosigkeit zeigen die indirekten Folgen der Bewaffnung. Im Jahre 2000 wurden infolge der Gefechte schätzungsweise eine halbe Million Menschen vertrieben, über 6.200 Häuser zerstört und mehr als 2.100 weitere beschädigt. 300 der insgesamt rund 440.000 evakuierten

Der — stark gekürzte — Artikel ist dem Themenheft Arms and Militaries (2/2001) der Vierteljahrszeitschrift Kasarinlan entnommen. Er basiert auf einer von »Oxfam Great Britain« geförderten Studie.

Menschen starben an vermeidbaren Krankheiten (die meisten von ihnen Kinder), knapp 200.000 befanden sich im Dezember des Jahres noch immer in Flüchtlingslagern. Bis Jahresende wurden 144 Menschen entführt, meistens durch die Abu Sayyaf. 110 Bombenangriffe verursachten in verschiedenen Gegenden Mindanaos den Tod von mehr als 80 Menschen und verwundeten über 360 weitere.

Gelegentliche bewaffnete Zusammenstöße haben Dienstleistungen verhindert und Projekte zum Stillstand gebracht. Kinder erhalten oft keinen Unterricht, weil Schulen immer wieder geschlossen werden. Auch auf die Gesundheitsfürsorge haben die Kämpfe schwerwiegende Auswirkungen: In Zentralmindanao muss ein Gesundheitsarbeiter neunmal und ein Arzt viermal mehr Menschen versorgen als im Landesdurchschnitt. Dadurch wird den Medizinern, die sowieso schon unter schwierigen Bedingungen arbeiten, zusätzlich eine schwere Last auferlegt.

Nationale wie internationale Bemühungen, die Zufuhr von Waffen nach Mindanao zu stoppen, sollten einhergehen mit dem erneuten Versuch, den Konflikt am Verhandlungstisch zu beenden. Alle Beteiligten sollten sicherstellen, dass humanitäre Hilfe an Ort und Stelle gelangen kann, und die Menschenrechte respektiert werden.

Der Konflikt in Mindanao

Trotz hoher Erwartungen konnte das Friedensabkommen nicht verhindern, dass die Kämpfe wieder aufflammten und sich neue Organe von MILF und Abu Sayyaf (»Vater des Schwertes«; anderer Name der Gruppe: »Islamische Bewegung«/»Al Harakat ul Islamiya) bilden.

Vier Jahre nach Unterzeichnung des Abkommens, das die MILF bereits im Dezember 1996 abgelehnt hatte, erregten die bewaffneten Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und der MILF wie auch der Abu Sayyaf die nationale und internationale Aufmerksamkeit. Die Feindseligkeiten eskalierten in neun Bezirken Maguindanaos, davon fünf in Cotabato, drei in Lanao del Sur, einer in Südcotabato und in den Städten von Cotabato und General Santos.

Preise von Feuerwaffen und Munition in Cotabato

Typ	Preis		Waren-äquivalent
	in Peso	in US\$	
Feuerwaffen			
Kaliber 45	15.000-25.000	300-400	1-2 Kühe
Kaliber 38	2.000	40	2 Säcke Reis
Garand-Gewehr (Kal. 30)	15.000-20.000	300-400	1-2 Kühe
M16	25.000	400	1 Carabao
Schrotflinte	3.000	60	3 Säcke Reis
Pistole	800-1.000	16-20	1 Sack Reis
Fortylite (selbstgemachte Pistole für M16-Munition)	1.000	20	1 Sack Reis
Munition			
M16	5-8	0,10	
Kaliber 45	25	0,50	
Kaliber 38	18	0,36	
Garand	12-18	0,24-0,36	
Schrot	60-70	1,20-1,40	

Quelle: Ali Nasser und Haruta Mamugkat, JP-Kidapawan

Die philippinische Regierung weigerte sich, die MILF als legitime Vertreterin der Moros anzuerkennen und verfolgte dabei eine doppelte Strategie: militärische Konfrontation und zwischendurch immer wieder Verhandlungen. Anfängliche Treffen zwischen der MILF und der Regierung im April, Mai und Juni 1997 wurden durch immer neue Kämpfe zunichte gemacht. Im Juni 1997 versuchten Regierungstruppen die Kontrolle über Campe Rajamuda, das zweitgrößte Lager der MILF, zu gewinnen. Dabei wurden etwa 75.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben.

Die intensiven Kämpfe dauerten bis zum Juli 1997 an; anschließend vereinbarten beide Seiten einen Waffenstillstand.

Unter Präsident Estrada nahm die Regierung 1998 erneute Verhandlungen auf, um mit der MILF über Frieden zu sprechen. Es folgte ein heftiges Hin und Her zwischen Krieg und Friedensverhandlungen, das schließlich durch eine breit angelegte Offensive der Regierung im April 2000 beendet wurde. Zwei Tage nach dieser Regierungsoffensive erklärte die MILF die Gespräche mit der Regierung für beendet.

Ethnische Aspekte

In Mindanao leben 17 Millionen Menschen. Von ihnen sind 64 Prozent Christen, 23 Prozent Muslime und 18 Prozent Lumads (nicht-muslimische indigene Bevölkerung). In einigen Provinzen, die früher vorrangig muslimisch geprägt waren,

sind so viele Christen zugewandert, dass sie inzwischen dort die Mehrheit stellen.

Bewaffnete Zusammenstöße, Luftangriffe und Artillerieangriffe gibt es in der Regel in Dörfern, die überwiegend von Muslimen und Lumads bewohnt werden. Es gibt mehr Muslime als Christen, die Opfer von bewaffneten Auseinandersetzungen werden, vor allem Männer. Auch von den Kindern, die zu Opfern werden, gibt es mehr Muslime als Christen.

Zu jenen, die aufgrund bewaffneter Konflikte vertrieben werden, gehören auch Lumads, beispielsweise etwa 300 Familien im Macatactac-Evakuierungszentrum, die zum Stamm der Aromanon Manobos gehören. Sie sind bereits seit einem Jahr dort.

Konsequenzen für die Entwicklung

Der bewaffnete Konflikt wird langfristig soziale Auswirkungen haben. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen der Konflikt laufende Projekte ins Stocken gebracht hat, bzw. andere bereits in ihren Anfängen zunichte gemacht hat.

Sogar eine so erfahrene philippinische NGO wie die Philippine Rural Reconstruction Movement, die schon lange in Cotabato aktiv ist, ist durch den Konflikt in Mitleidenschaft gezogen. In einigen Gegenden wie zum Beispiel dem multi-ethnischen Bezirk Mlang ist es nicht mehr möglich, abendliche Gemeinschaftsveranstaltungen zu organisieren.

Entwicklungsprojekte in Zentralmindanao befinden sich in einem dreifachen Dilemma: Wie sollen sie Unterstützung leisten, während sie noch an strategischen Programmen arbeiten müssen? Wie sollen sie vermeiden, an der falschen Stelle dauerhaft Hilfe zu leisten und die Evakuierten somit zu verleiten, nicht nach Hause zurückzukehren? Wie sollen sie dazu beitragen, die Region für öffentliche oder private Investitionen attraktiv zu machen? Leider hat der Konflikt ja Hürden für solche Investitionen geschaffen.

Auswirkungen auf Friedensbemühungen vor Ort

Seitdem der Konflikt zwischen Regierung und MILF eskaliert ist, haben sich die Beziehungen innerhalb der Gemeinden und Gemeinschaften verändert. Der Krieg hat einen Keil in die zuvor freundschaftlichen Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen getrieben. Dabei hat er die gewachsenen Formen der Konfliktbewältigung vor Ort beschädigt, wenn nicht sogar zerstört — wie auch die örtliche Recht-

sprechung und Friedensbemühungen.

Als die Feindseligkeiten eskalierten, erlitt das Zusammenleben und die Friedensbemühungen in den Gemeinden einen schweren Rückschlag. Bewaffnete beider Seiten verübten Grausamkeiten an Zivilisten. Sie verstärkten dadurch ethnische Spannungen und verfestigten den Teufelskreis der Gewalt. Mittlerweile ist es so weit gekommen, dass christliche Friedensbefürworter als »proislamisch« oder »pro-MILF« angesehen werden.

Die Bewaffneten und ihre Bewaffnung — Die Kriegsparteien

Armed Forces of the Philippines (AFP): Die AFP sind 106.500 Mann stark. Von ihnen gehören 68.000 dem Heer an, 23.000 der Marine (inklusive 8.400 Marineinfantrytruppen und 2.000 Angehörige der Küstenwache) und 15.000 der Luftwaffe. Hinzu kommen 128.000 Reservisten. Nicht mitgezählt sind hier 13 Regionalkommandos der philippinischen Nationalpolizei, die dem Innenministerium unterstehen.

MILF und Bangsa Moro Islamic Forces (BIAF): Die von Hashim Salamat geführte MILF hat ihre Wurzeln in der Moro National Liberation Front (MNLF). Sie wurde als die »Neue MNLF« etabliert, bevor sie sich selbst MILF nannte. Ursprünglich war sie auf Maguindanao begrenzt gewesen, hatte allmählich jedoch andere islamische ethnische Gruppen in sich aufgenommen, darunter die Tausugs, Yakans, Maranaos und Iranuns, auch frühere MNLF-Kämpfer.

Die BIAF hat eine geschätzte Stärke von 15.000 Bewaffneten — bis heute bei weitem die größte militärische Aufstandsbewegung in den Philippinen. Sie wird durch bewaffnete Zivilisten verstärkt, die schnell zu den Waffen gerufen werden können. So geschehen, als Hashim Salamat in Reaktion auf die Offensive der Regierung den Jihad ausgerufen hat. Im Rahmen des Jihad verlieren andere Momente, z.B. ethnische Unterschiede, an Bedeutung, um eine gemeinsame Verteidigungsfront gegenüber nicht-islamischen Gruppen zu stärken. Auch wenn genaue Angaben nicht vorliegen, lässt sich doch feststellen, dass die MILF in der Lage ist, Kindersoldaten zu mobilisieren.

AFP in der Offensive

Um die gestiegenen Verteidigungsausgaben zu rechtfertigen, wies Verteidigungsminister Angelo Reyes Mitte Oktober darauf hin, dass sich die philippinischen Streitkräfte (AFP) auf dem Kriegspfad befinden und zur Offensive übergehen werden.

42,4 Milliarden Pesos (800 Millionen Euro) sollen dem Verteidigungsministerium im Haushaltsjahr 2003 regulär zur Verfügung stehen — knapp zehn Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Sold angehoben und zusätzlich 7.000 Soldaten neu angeworben werden sollen, zum anderen auf die umstrittenen *Balikatan*-Manöver mit den USA, die die philippinischen Steuerzahler/innen

knapp eine Milliarde Pesos (18,8 Milliarden Euro) kosten.

Die größte Gefahr für die innere Sicherheit des Landes sieht Reyes in der *New People's Army* (NPA), dem bewaffneten Arm der Kommunistischen Partei (CPP) mit ihren 10.000 Kämpfer/innen, sowie in der *Moro Islamic Liberation Front* (MILF), die über mehr als 12.000 Kämpfer verfügt, und in anderen islamischen Gruppierungen.

1,4 Milliarden Pesos (= 26,4 Millionen Euro) sind für paramilitärische Gruppierungen vorgesehen; laut Reyes sind diese — verglichen mit regulären Soldaten — die kostengünstigere Variante. Ihre derzeit knapp 53.000 Mitglieder sind, verteilt auf 25 verschiedene Kompanien, in

insgesamt 14 Provinzen aktiv. Weitere 10.000 sollen im kommenden Jahr angeworben werden.

Häufig werden diese paramilitärischen Einheiten mit schweren Menschenrechtsverletzungen, sogar politisch motivierten Attentaten, in Verbindung gebracht.

Zum Vergleich: Im neuen Haushaltsplan ist das Budget für Verteidigung dreimal mehr gestiegen als das Bildungsbudget.

Übersetzung: Heike Aurin

Stark gekürzte Fassung eines Artikels, der am 14.10.2002 in *Bulatlat.Com* erschienen ist.

— Weitere Akteure

New People's Army

(NPA): Die NPA, der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), ist dabei, sich nach einer ideologisch bedingten Zersplitterung im Jahre 1992 zu regenerieren. Sie hat der MILF ein Bündnis angeboten, das letztere bestätigt hat. Auch die NPA kann Kindersoldaten rekrutieren. Diese dienen als Kuriere, Hilfstruppen oder Reservisten.

Citizens Armed Forces Geographical Units (CAFGUs):

Die CAFGUs entstanden in den 1950er Jahren, als Präsident Ramon Magsaysay eine Bürgermiliz aufstellte, die zusammen mit der Philippinischen Polizei und der Armee gegen die kommunistische Guerilla kämpfte. Auf dem Höhepunkt der kommunistischen Aufstandsbewegung in den 1980er Jahren schuf Präsident Marcos eine Nachfolgeorganisation, die Integrated Civilian Home Defense Forces, die als Bürgerwehr gegen kommunistische Untergrundkämpfer und deren Sympathisanten äußerst berüchtigt ist.

Der illegale Waffenhandel

Unkontrolliert eingeführte Handfeuerwaffen können nicht registriert werden.

Die MILF bezieht ihre Waffen über gut bekannte Wege aus Thailand. Die meisten illegalen Waffen, die nach Mindanao importiert werden, werden von Unterstützern im asiatischen Ausland geliefert, zum Beispiel aus Thailand, Malaysia, Vietnam, China und vielleicht auch aus Indonesien. Andere Untersuchungen haben Lieferungen aus Libyen und Afghanistan nachgewiesen.

Oft erleichtern korrupte Gesetzeshüter, die mit den Schmugglern zusammenarbeiten, diesen Handel. In solchen Fällen benutzen die Schmuggler kommerzielle Wege, und Mittelsmänner befördern die Ware weiter. Bei dem Versuch, diese Schmugglerringe zu zerschlagen, sucht die Polizei nach Waffen, die nicht oder falsch etikettiert oder mit fiktiven oder falschen Adressen versehen sind. Das Militär ist auf diver-



Foto: G. Körte

NPA-Guerillero beim Waffenreinigen

se Schiffsladungen mit Waffen aus Malaysia aufmerksam geworden, die für die Abu Sayyaf bestimmt waren. Militärische Geheimdienststellen vermuten, dass die Abu Sayyaf Geld von ausländischen religiösen und revolutionären Organisationen erhält, die mit ihren »Anliegen« sympathisieren.

Diese Lieferungen werden durch illegale Waffenherstellung im eigenen Land ergänzt. Auch die Rebellen selber sind daran beteiligt. Sie stellen verschiedene Kleinkaliberwaffen, Sturmgewehre und Granaten her.

Ziviler Waffenbesitz

Zahl und Art der kleineren Waffen im Besitz von Zivilisten lassen sich schwer einschätzen, vor allem, weil sie meist illegal sind. Dennoch ist verschiedenen Informationsquellen zufolge eine beträchtliche Anzahl kleinerer Waffen tatsächlich bereits in den Händen von Zivilisten oder zumindest für sie leicht erhältlich — sowohl für Muslime als auch für Christen. Diese Waffen werden meist vor Ort hergestellt. Allerdings scheinen mittlerweile schwerere Gewehre ausländischer Herkunft bevorzugt zu werden.

Ein Laienhelfer der katholischen Kirche in Carmen vermutet, dass mehr als die Hälfte der Haushalte seiner Gemeinde Handfeuerwaffen besitzen, wobei in einigen auch mehr als eine Waffe vorhanden sei. Für Zivilisten in Kampfzonen scheint solcher Waffenbesitz nahezu ein Muss — »zum Schutz und zur Verteidigung«.

Auch unter der nichtmuslimischen indigenen Bevölkerung wächst das Gefühl, man müsse sich zum eigenen Schutz bewaffnen. Ein katholischer Laienhelfer schätzt, dass sich im Gebiet der Aromanon Manobos 20 bis 30 Gewehre befinden, sowohl Überbleibsel aus dem Zweiten Weltkrieg als auch Waffen, die den Manobo-CAFGUs erst kürzlich von der Regierung zur Verfügung gestellt worden waren.

Übersetzung: Klaus Schmidt